



Editorial

Liebe Leser_Innen,

Seit Anfang 2012 erscheint die Mieterladen-Info nicht mehr als monatliche Stadtteilzeitung, sondern unregelmäßig, sporadisch, nahezu selten, sehr selten. Dies ist also eine der seltenen gewordenen Ausgaben.

Immer mehr Menschen verfügen über einen Internetanschluß und holen sich von dort ihre Informationen. Das ist auch gut und richtig so.

Trotzdem wollen wir ab und an auf diese Printausgabe nicht verzichten, um Sie mit er ein oder anderen Info zum Nachdenken anzuregen oder im besten Fall zu überzeugen, für Ihre Belange selbst aktiv zu werden. Denn um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Wer meint, die Politik würde Probleme lösen, glaubt wohl auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten.

Ja, platter Spruch, aber ehrlich, was tut die Politik in Stadt und Land?

Sie verabschiedet z. B. das Mietrechtsänderungsgesetz. Sie ignoriert das erfolgreiche Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe. Sie bekommt den Verfassungsschutz nicht in den Griff. Sie macht die Armen ärmer und die Reichen reicher...

Und zum Schluß sollte hier eigentlich noch ein Witz zum Flughafen Berlin Brandenburg kommen, aber... wir haben ihn nicht fertig gekriegt.

In diesem Sinne, viel Spaß beim Durchstöbern.

die redaktion

Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln (Mietrechtsänderungsgesetz - MietRÄndG)

Kurzinformation:

17.11.2011:

Referentenentwurf zum MietRÄndG vorgelegt

06.07.2012:

1. Durchgang im Bundesrat beschlossen

27.09.2012:

1. Beratung im Bundestag

13.12.2012:

Bundestag beschließt Mietrechtsreform

01.02.2013:

Bundesrat stimmt MietRÄndG zu

Die Mietrechtsreform bringt Veränderungen für Mieter und Vermieter, positive wie negative.

Was ändert sich u. a.?

Bei energetischer Sanierung darf der Mieter während der ersten drei Monate die Miete nicht mindern. Nur wenn eine Wohnung zeitweilig unbenutzbar wird, soll das Minderungsrecht erhalten bleiben. Der Vermieter kann wie bisher max. 11 % der Modernisierungskosten auf die Miete umlegen. Vermietern wird eine beschleunigte Zwangsäumung ermöglicht, wenn sie Opfer sog. Mietnomaden wurden, um die finanziellen Ausfälle nicht ins Unermeßliche zu steigern.

Auf eine gesetzliche Grundlage wird auch das Contracting gestellt. Zukünftig kann der Vermieter die Beheizung von der Eigenversorgung auf eine gewerbliche Wärmelieferung umstellen, wenn dies für den Mieter kostenneutral ist und ein Effizienzgewinn erzielt wird. Bleibt das Contracting für den Mieter kostenfrei, können die Wärmelieferkosten als Betriebskosten umgelegt werden. Einzelheiten werden in einer Verordnung geregelt, die die Bundesregierung gesondert erlassen wird.

Inhalt - Ausgabe 3

regelmäßige Termine/ Impressum	2
Bezirksgruppe Friedrichshain der BMG	3
Gericht war Tribunal gegen Veolia	4
Fremde Wasser	5
Leben mit der Energiewende	6
Volksbegehren / Lebensmittelkandale	7
Erfolg beim Meldegesetz	8
Infoladen Daneben	9
Initiative gegen Rechts / Register Fh-Kb	10
Politik & Kultur	12



UBI KLIZ EV

Kreuzigerstr. 23, 10247 Berlin
gemeinnützig im Sinne
der Förderung von

- Verbraucherschutz /-beratung
- Kultur
- Völkerverständigung und
- Volksbildung

Mieterberatung & Information

Mo 18 - 20 + Do 19 - 20 Uhr offene Beratung
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)

ALG I + II & Rentenberatung

(Anwältin vom Arbeitslosenverband)
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Bitte melden Sie sich telefonisch an!

Initiative gegen Rechts

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

Register Friedrichshain

Do 19 -20 Uhr

Berl. Bündnis Mumia Abu-Jamal

Di 20 Uhr (in der Regel)

Berliner Mieter

Gemeinschaft



Möckernstraße 92, 10963 Berlin
www.bmgev.de

Die BMG ist seit langen Jahren unser
verlässlicher Kooperationspartner.

Impressum

Die Mieterladen-Info erscheint unregelmäßig.
Namentliche Beiträge müssen nicht der Meinung der
Redaktion entsprechen.

Herausgeber: UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreuzigerstraße 23, 10247 Berlin
www.ubi-mieterladen.de
V.i.S.d.P.: Heike Weingarten

Fortsetzung Titelseite

Darüber hinaus wird in § 558 Absatz 3 BGB eine
Regelung eingefügt, wonach die Bundesländer für
Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten per
Rechtsverordnung die Kappungsgrenze für Miet-
erhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete
von 20 Prozent auf 15 Prozent absenken und so
flexibel auf Mietsteigerungen besonders in
Ballungsräumen reagieren können.

Nach der am 01.02.13 erfolgten Verabschiedung
des Gesetzes im Bundesrat muß es nun noch aus-
gefertigt und verkündet werden. Die Änderungen
werden voraussichtlich – je nach Verkündungs-
termin im Bundesgesetzblatt – Anfang April oder
Anfang Mai 2013 in Kraft treten. Die Regelung zum
Contracting werden zwei Monate danach wirksam.
Die Gesetzesmaterialien sind über die Bundestag-
Drucksachen 17/10485 (Regierungsentwurf) und
17/11894 (Beschlussempfehlung des Rechtsaus-
schusses) verfügbar.

Komplett nachlesen u. a. hier:

Pressemitteilung des Bundesministerium der Jus-
tiz: Mietrechtsänderungsgesetz passiert den Bun-
desrat vom 01.02.2013

http://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/20130201_Mietrechtsaenderungsgesetz_passiert_den_Bundesrat.html?nn=3433226

Mietrecht Video-Tip

Energetische Modernisierung und die Folgen für
die Mieter. Was bedeutet diesbezüglich die von der
Bundesregierung geplante Mietrechtsreform?
Hans-Christoph Friedmann, Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentums-
recht, bezieht Stellung.

www.bmgev.de/mietrecht/video-tips/video-energetische-sanierung-fachanwalt-friedmann.html

Steigende Mieten stoppen!

Infos auf:

www.mietenstopp.blogspot.de

Spruch

Jeder ist mitverantwortlich für das, was
geschieht und für das, was unterbleibt.

Erich Kästner

Die Bezirksgruppe Friedrichshain der BMG informiert

Zur Versammlung der Berliner MieterGemeinschaft 2012 haben Mitglieder die Bereitschaft erklärt, in der Bezirksgruppe aktiv werden zu wollen. Die Gründe sind vielfältig, die allgemeine Entwicklung der Wohnsituation und dem etwas entgegen steuern zu wollen, ist ein Grund. Somit hat sich die Bezirksgruppe vergrößert und dies nehmen wir nun zum Anlaß, uns mit unseren Ideen hier vorzustellen. Nach einer längeren Kennlernphase, in der auch eruiert wurde, welche Interessen, vor allem aber welche Ressourcen zur aktiven Arbeit vorhanden sind, wollen wir im Jahr 2013 mit konkreten Ideen weiter machen. Ziel ist es auch, weitere Mitstreiter in Friedrichshain zu finden, die sich unseren Ideen anschließen und eigene Ideen einbringen und umsetzen wollen.

Einiges ist bereits in Planung. In der Beratungsstelle entsteht eine 3x4 m große hausnummerngenaue Karten-Wand. Sie soll so Einiges visuell widerspiegeln (z. B. Ferienwohnungen, Beratungsstellen aber auch rechte Übergriffe u. a.). Die genaue Umsetzung ist noch etwas unklar, weil es Ähnliches interaktiv im Netz geben soll.

Für diese Umsetzung sind wir auf Informationen aus dem Stadtteil von Euch/ Ihnen angewiesen. Teilt uns/ teilen Sie uns bitte mit, wo sich Ferienwohnungen in Häusern befinden (wenn möglich mit dem Hinweis, wer diese zu welchem Preis anbietet) oder wo sich MieterInnen zusammengeschlossen haben, um gegen Vermieterwillkür (Sanierung, Kündigungsdrohungen etc.) vorzugehen, wo Verkäufe und wo Umwandlungen mit welchem Ziel stattfinden.

Mitteilungen nehmen wir gerne zu den Beratungszeiten Mo 18-20 und Do 19-20 Uhr entgegen oder schickt uns eine Mail an mieterladen@gmx.de.

Natürlich werden wir auch wieder auf vielen Straßenfesten Infostände durchführen und freuen uns auf Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung und auch dort können dann Infos abgegeben werden.

Darüber hinaus wollen wir einige Monatstreffen inhaltlich gestalten, z. B. Gäste einladen, einen Film anschauen oder uns coachen lassen. Um dies gut vorbereiten zu können, nehmen wir Hinweise, wo thematisch großes Interesse besteht, gerne entgegen und binden Euch/ Sie gerne in die Vorbereitung mit ein, damit es keine Enttäuschungen gibt.

Außerdem wollen wir herausfinden, wo sich im Stadtteil Friedrichshain „kämpfende“ Mieter_Innen oder Hausgemeinschaften befinden. Wir sind neugierig und wollen wissen, was ab geht.

Hier also ein Aufruf an alle Friedrichshainer_Innen: Wenn Ihr als Hausgemeinschaft Probleme in Euren Häusern habt und diesen etwas entgegensetzen wollt oder bereits tut, dann meldet Euch bitte bei uns! Wir möchten Euch zeitnah an einem Samstag-nachmittag zum Kaffee in den Mieterladen zu einem Informationsaustausch einladen.

Für die Mitarbeit in der Bezirksgruppe Friedrichshain ist eine Mitgliedschaft in der Berliner Mieter Gemeinschaft unabdinglich, um sich im Verein mit Empfehlungen oder Anträgen einbringen zu können. Wir freuen uns aber auch sehr über Gäste, die unserem Anliegen hilfreich beratend oder mit aktiver Unterstützung zur Seite stehen und die Arbeit befördern.

Bezirksgruppe Friedrichshain der BMG
Mieterladen, Kreuzzigerstraße 23, 10247 Berlin
www.ubi-mieterladen.de / mieterladen@gmx.de
offene Arbeitstreffen jeden 3. Mo. / Monat um 20 Uhr

Kleiner Flohmarkt Spendenbasar im Mieterladen

Mit dem kleinen Spendenbasar wollen wir unsere Kasse für den Büroablauf aufbessern für Strom, Telefon, Klopapier, Tee u. ä. Schaut doch einfach mal rein unter: www.ubi-mieterladen.de/flohmarkt.htm Vielleicht ist ja was für Euch dabei und wir können uns gegenseitig eine kleine Freude machen.

Hartz IV-Ausschluß für EU-BürgerInnen

Am 19.12.2011 formulierte die Bundesregierung einen Vorbehalt gegen das Europäische Fürsorgeabkommen (EFA), der Hartz-IV-Leistungen betraf. Seither bekamen etliche Unionsbürger_innen ohne vorherige Ankündigung Ablehnungsbescheide ihrer Hartz IV-Zahlungen von den Jobcentern. In Berlin betrifft dies fast 10.000 Menschen, die unbemerkt von der Öffentlichkeit ihre soziale Absicherung verlieren/ verloren haben. Die Mehrheit der Personen, die sich auf dem Klageweg dagegen gewehrt haben, hat vor Gericht gewonnen. Knapp ein Jahr später, am 26.02., hat das "Berliner Netzwerk gegen den deutschen EFA-Vorbehalt" eine Pressekonferenz organisiert. Neben der Schilderung zur rechtlichen Situation sowie subjektiven Erfahrungsberichten wurde darin die politische Rolle Deutschlands bei der Bearbeitung der Krise in Europa thematisiert. Der EFA-Vorbehalt ist ein innenpolitischer Ausdruck deutscher Krisenpolitik. Nach außen wird eine regide Sparpolitik vertreten, während die Sozialsysteme nach innen weiter abgeschirmt werden.

EFA-Vorbehalt: www.efainfo.blogspot.de

Gericht war Tribunal gegen Veolia!



Der Prozeß gegen den Film „Water Makes Money“ begann am 14.02.13 um 13:30 Uhr. Der Saal Nr. 17 im Pariser Justizpalast war bis auf den letzten Platz besetzt. Links hinter den Angeklagten saßen die Rechtsanwältin der Verteidigung, wir mit Freunden und Aktivisten – rechts hinter der Staatsanwältin und dem Anwalt von Veolia die Presseleute, im Publikum offensichtlich auch einige Damen und Herren des Konzerns ...

Was sich dann im Laufe der 7stündigen Verhandlung entwickelte, hatte keiner erwartet: Der Strafprozeß gegen den französischen Filmvertrieb und den Protagonisten Jean-Luc Touly wurde zu einem politischen Tribunal gegen die privaten Wasserkonzerne: Jean-Luc Touly nutzte schon seine Verteidigungsrede dazu, ausführlich über die Machenschaften des Konzerns, die er persönlich erlebt hatte, zu berichten. Die 10 Zeugen der Verteidigung

belegten seine Aussagen mit weiteren Beispielen aus ihren Erfahrungen und Recherchen. Nach der Vereidigung hörten die Anwesenden geradezu atemlos zu, was die Abgeordnete aus Marseille, der Gewerkschafter aus Rennes, unsere Filmprotagonisten aus Bordeaux und Grenoble u.a. über Fälle struktureller Korruption und Bestechung seitens Veolias aber auch von Suez berichteten. Manchmal ging ein Raunen durch den Saal, ob der Ungeheuerlichkeiten der aufgeführten Beispiele, der Millionen an Bestechungsgeldern. Der Gegenanwalt stellte kaum mehr Fragen an die Zeugen. Allen war klar: Eigentlich müßten die privaten Konzerne vor Gericht stehen. Nur an die Pariser Vizebürgermeisterin ging die Frage, warum sie am Film „Water Makes Money“ teilgenommen habe: Das Thema der Wasserversorgung sei in Frankreich nie öffentlich diskutiert worden. Der Film hätte genau das provoziert und erreicht.

Anschließend mündete das Plädoyer der jungen Staatsanwältin dann zu unserer aller Überraschung darin, daß sie keinen berechtigten Anlaß mehr für eine Klage seitens Veolias sehen würde!

Natürlich wissen wir nicht, wie es ausgeht, obwohl die Richterin doch sichtlich beeindruckt war. Ein vollständiger Sieg für uns ist jetzt möglich, aber auch zu fürchten: Veolia wird dann wohl, allein um das Gesicht vor den Aktionären zu wahren, in Revision gehen.

Es gab zahllose Soliveranstaltungen, Berichte in den Medien, sogar in den Kulturnachrichten des Deutschlandfunks. In Frankreich war es ähnlich. Wir möchten all Ihnen von Herzen danken für Ihren Beitrag, die benötigte Öffentlichkeit für den Prozeß herzustellen. Veolia mag es ja lieber, in exklusiven Restaurants diskret den Scheck rüber zu schieben.

Bitte keine Spenden mehr

Danke auch für die enorme Spendenbereitschaft. Innerhalb einer Woche kamen knapp 4000€ für die Prozeßkosten zusammen. Die andere Hälfte der Kosten wird in Frankreich zusammengetragen. Deshalb bitte jetzt keine Spenden mehr!

Der Film „Water Makes Money“ hat Geschichte geschrieben.

Deutsche Behörden

lehnen Rechtshilfeersuchen ab

Eineinhalb Jahre nach der überwältigenden Premiere in 150 Städten Europas äußerte sich der Pressechef von Veolia Wasser Deutschland, Matthias Kolbeck wie folgt:

Leider richte sich Veolias Klage gegen den Film nicht auch gegen die deutschen Macher. Nachdem ein französisches Rechtshilfeersuchen von den deutschen Behörden abgelehnt wurde, habe der französische Mutterkonzern die deutsche Veolia-Tochter aufgefordert, Leslie Franke und Herdolor Lorenz nach deutschem Recht zu verklagen. Veolia Deutschland habe dies Ansinnen aber nach reiflicher Überlegung abgelehnt mit der Begründung: Water Makes Money und die französische Klage gegen den Film habe dem Konzern bereits derart geschadet, sodass eine deutsche Klage diesen Schaden nur noch erhöhen könne.

Ist das nicht ein wunderbares Kompliment?! Nicht freiwillig hat der mächtige Konzern auf eine Klage in Deutschland verzichtet. Es scheint, die Angst vor der großen Öffentlichkeit hat Veolia eines besseren belehrt!

Bis heute haben fast 1,5 Millionen Menschen den Film gesehen. Diese Macht der Öffentlichkeit ist

auch ein großes Kompliment an die vielen 100 engagierten Menschen, aktiven Gruppen und Bürgerinitiativen, die gegen die privaten Interessen der Wasserkonzerne kämpfen und Water Makes Money zu ihrem Werkzeug gemacht haben. Ein kleiner Sieg der Zivilgesellschaft.

Veolia-Aktien auf Talfahrt

Seit Water Makes Money in 2008 begann, über die lukrative Ausbeutung der Lebensressource „Wasser“ mittels PPP aufzuklären, ist der Aktienwert von Veolia auf 13,28% (von 64,55 auf 8,57) gefallen und der Weltkonzern in eine schwere Krise geraten!

Sicher ist das nicht vor allem der Verdienst des Filmes. Aber nehmen wir nur das Beispiel Italien.

Veolia muß aus 40 von 77 Ländern raus

Bei der Vorbereitung des nationalen Volksbegehrens gegen die Privatisierung der Wasserversorgung wurde eine italienische Fassung des Films landauf landab mehrere 100 Male öffentlich vorgeführt. Auf ein lizenziertes Screening kamen mindestens 10 weitere nicht lizenzierte. Noch nie war in Italien ein nationales Referendum erfolgreich, da mindestens 50% der Wahlbürger mit "Ja" stimmen müssen - und das bei der erdrückenden Medienmacht Berlusconi! Das Volksbegehren war erfolgreich - und in Italien nannten dies viele eine "Kulturrevolution". Jetzt muss Veolia Aqua sich ganz aus Italien zurückziehen! Welch Niederlage für den erfolgsgewohnten Weltkonzern. Mittlerweile muss sich das Unternehmen unter dem Druck der Aktionäre sogar aus 40 von 77 Ländern zurückziehen, in denen der Konzern bisher präsent war!

Zwillingkonzern Suez verläßt Deutschland

In Deutschland bleibt Veolia noch präsent. Dafür zieht sich sein Zwillingkonzern Suez komplett aus Deutschland zurück: Über Nacht verkauft Suez die Wasser- und Abwasserversorgung in Rostock, Schwerin, Goslar, Halle, Leuna, Saale-Unstrut und Rheingau an den deutschen Globalplayer Remondis. Den Bürgermeistern wird es in den Ohren klingeln. Was hat Suez und auch Veolia doch in der letzten Zeit über Nachhaltigkeit, starke und zuverlässige Partner schwadroniert. Und über Nacht ist dann plötzlich der „starke Partner“ verschwunden, die Versprechen vergessen, und die Bürgermeister dürfen nicht im mindesten mitreden, im besten Fall werden sie nachträglich informiert, in wessen Hände die Wasserversorgung ihrer Bürger nun gerät. Ein Lehrstück an Verlässlichkeit, das Suez in Deutschland und Veolia in 40 Ländern der Erde gerade bietet!

Kein Wunder! Der Gedanke der Rekommunalisierung der Wasserversorgung wird allerorten mächtiger, und überall hilft „Water Makes Money“ mit: Zeigt der Film noch die zentrale Figur der strukturellen Korruption in der Ile-de-France André Santini in der Funktion des Vorsitzenden des Wassereinzugsgebiets Seine-Normandie, so haben sich die Kräfteverhältnisse mittlerweile verschoben. Anne Le Strat, die Vorkämpferin des kommunalen Wassers, hat die Wahl zur neuen Vorsitzenden gewonnen. Dagegen allerdings hat Santini geklagt – vorläufig noch erfolgreich. Oder Berlin. Auch hier konnte der Film in zahllosen Veranstaltungen helfen, dass das Volksbegehren zur Aufdeckung der geheimen Verträge bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe erfolgreich war. Obwohl alle Parteien außer Teilen der Grünen gegen das Volksbegehren auftraten! Mittlerweile gibt es Water Makes Money in sechs Sprachversionen (französisch, deutsch, englisch, spanisch, italienisch und portugiesisch) Noch immer gibt es jede Woche irgendwo in der Welt mindestens ein Aufführung.

Ihr Water-Makes-Money-Team

Leslie Franke, Herdolor Lorenz und Lissi Dobbler
www.watermakesmoney.com

Fremde Wasser - Denglers dritter Fall von Wolfgang Schorlau

Hinter den Kulissen der Macht: "In diesem Krimi ist verdammt wenig erfunden."

Bevor sie ihre Rede halten kann, die wichtigste Rede ihrer Laufbahn, bricht die Bundestagsabgeordnete Angelika Schöllkopf im Plenum des Bundestages zusammen. Sie stirbt vor laufender Kamera. Zwei Tage dominieren die Bilder ihres Todes die Medien, dann vergisst die Öffentlichkeit den Vorfall. Nur ihre Großmutter glaubt nicht an den plötzlichen Herztod. Sie beauftragt den Privatermittler Georg Dengler mit Nachforschungen. Als dieser den Fall bereits aufgeben will, heftet sich ein Killer an seine Fährte – und plötzlich befindet sich Dengler inmitten eines globalen Machtkampfes um den wichtigsten Rohstoff der Welt: Wasser.

Rotraud Schmidt im Expreß: "Fremde Wasser ist der beste Politthriller seit Günther Wallraffs Industriereportagen."

Rezzo Schlauch in der TAZ: "So spannend hat man Globalisierungskritik noch selten bekommen."
www.schorlau.com

Berliner Wassertisch Wasser gehört in BürgerInnenhand



Was ist eigentlich los, 2,8 Jahre nach dem erfolgreichen Volkbegehren zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe? Beim Senat, beim Sonderausschuß hat sich noch nicht viel bewegt. Es gibt keine unabhängigen Sachverständigen und die Vertragsprüfung wird verschleppt.

Die EU hingegen will die Wasserversorgung in private Hände geben. Das bedeutet: Das Trinkwasser wird teurer (in Portugal 400%) und in einigen Jahren ist die Wasserqualität so schlecht, daß wir zum Kaffee kochen teures Wasser aus PET-Flaschen kaufen müssen und die Wasserindustrie macht Geld, Geld und nochmals Geld.

Die ZDF Heute-Show vom 01.02.2013 berichtet eindrucksvoll über die neue EU-Konzessions-Richtlinie mit der die Tür für weitere Wasser-Privatisierungen in der gesamten Europäischen Union weit aufgestoßen wird (<http://www.youtube.com/watch?v=3EtyYKXDvYQ>).

Kein Zwang zu Wasserprivatisierung?

Deutschland hatte Ende letzten Jahres die Möglichkeit großen Einfluß auf den Kommissionsentwurf zur Wasserprivatisierung zu nehmen verpasst und ihn nur „durchgewunken“. Die EU schwächte vor Kurzem die Regeln zur Wasserprivatisierung etwas ab. Der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier machte vor den Mitgliedern des Ausschusses Zugeständnisse an Deutschland. Demnach soll in die Richtlinie ein Passus aufgenommen werden, demzufolge Wasser ein öffentliches Gut ist. Daher soll die Wasserversorgung bei Stadtwerken getrennt betrachtet werden. Somit könnte die Wasserversorgung einer Gemeinde immer in öffentlicher Hand bleiben, auch wenn andere Bereiche wie Energie oder Nahverkehr öffentlich ausgeschrieben werden müssen, da sie als marktrelevant eingestuft werden. Entwarnung bedeutet das aber nicht, denn das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Und die Privatisierung von Energie und Nahverkehr hat ähnliche Folgen, wie die Wasserprivatisierung.

Wir empfehlen für alle, die ihn noch nicht kennen, dazu den Film „Bahn unterm Hammer“ von Herdolor Lorenz und Leslie Franke.

(Infos unter: www.kernfilm.de/index.php/de/aktuelle-filme/11-bahn-unterm-hammer)

Die Filmemacher zeigen, wie die Bahn bereits seit Jahren auf Privatisierungskurs gesteuert wird und welche fatale Folgen dies für die Kunden hat.

Daseinsvorsorge gehört nicht in private Hände! Schon heute können viele Haushalte ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen, frieren im Winter oder leben gar ohne Strom, hausen in Zelten oder leben rechtswidrig dauerhaft auf Wochenendgrundstücken. Wenn auch noch das Wasser fehlt...

Buch- und Filmtips

Was bei der Bahn auf Kosten von uns allen so abgeht, beschreibt Günter Wallraff in seinem Buch „Aus der schönen neuen Welt – Expeditionen ins Landesinnere“ im Kapitel „Die Bahn entgleist – Ein Staatskonzern auf Geisterfahrt“.

Auch das „Schwarzbuch Deutsche Bahn“ von Christian Esser und Astrid Randerath lohnt sich zu lesen.

Mieser Deal mit der Energie

LEBEN MIT DER ENERGIEWENDE

DER FILM

Regisseur Frank Farenski behauptet, daß die Produktion von Ökostrom heute schon billiger ist als die Herstellung konventioneller Energie - atomar, mit Kohle oder Öl. Um das Märchen der teuren Energiewende zu widerlegen, hat er einen Film gedreht: „Leben mit der Energiewende“ – ein Plädoyer für den Energiewechsel in Deutschland - soll so viele Menschen wie möglich erreichen und sie aufklären.

Kostenloser Film-Download: www.newslab.de/newslab/Filme_Energiewende.html

Schaut auch in den Raben Ralf. Da könnt Ihr alles zum Energietisch und zum Film ausführlich und in Ruhe nachlesen und erhaltet weitere nützliche Infos: http://www.grueneliga-berlin.de/wp-content/plugins/downloads-manager/upload/2013_02_raberalf.pdf

Volksbegehren gestartet!

11.02.-10.06.13



Das Ziel: Ein Stromnetz, das nicht mehr dem Atom- und KohleKonzern Vattenfall sondern den BerlinerInnen gehört. Und ein Stadtwerk, das klar auf Ökostrom setzt. Kommen bis 10.06.2013 mindestens 200.000 gültige Unterschriften zusammen, gibt es parallel zu Bundestagswahl einen Volksentscheid.

Unterschreiben Sie! Sammeln Sie selbst Unterschriften! Unterschriftenliste:

www.berliner-energieschisch.net/images/unterschriftenliste.pdf herunterladen, unterschreiben, Unterschriften in der Nachbarschaft sammeln und an den Berliner Energieschisch schicken!

Anlaß für das Volksbegehren ist, daß die Konzession für das Berliner Stromnetz Ende 2014 ausläuft und zuvor neu vergeben wird. SPD und CDU wollen bisher das Netz höchstens teilweise rekonstruieren.

Jetzt braucht es den Druck der BürgerInnen, damit Berlins Energieversorgung ökologisch, sozial und demokratisch wird.

Alle Infos finden Sie hier: berliner-energieschisch.net



Parallel zum Volksentscheid will die Genossenschaft "BürgerEnergie Berlin" einen möglichst großen Anteil am Netz kaufen - und damit direkt in die Hand der BürgerInnen legen. Das Stromnetz soll als bürgereigenes Unternehmen betrieben werden. Die Gewinne fließen in die Energiewende und an die BürgerInnen. Schon ab einem Betrag von 100 Euro kann jede/r sich als Genossenschaftsmitglied oder per Einzahlung auf ein Treuhandkonto am Netzkauf beteiligen. Kaufen Sie ein Stück von Berlins Stromnetz. Wie das geht, erfahren Sie hier: www.buerger-energie-berlin.de

Umfangreiche Infos gibt es auch bei der Grünen Liga Berlin, die das Ansinnen begleitet.

Auf ein Wort zu Lebensmittelskandalen

Ein Skandal jagd den nächsten - seit Jahren. Man kann sich schon fast nicht mehr merken, was man alles schon in sich reinstopfen mußte.

Fleischabfälle im Essen, überlagertes Fleisch im Handel, Pestizide in Obst und Gemüse, Dioxin-Eier, Pferdefleisch fast überall, vermeintliche Bioeier, Schimmelpilze im Futtermais...

Sicher gibt es viel zu wenig Personal für Kontrollen. Da wo kontrolliert wird, werden die Ergebnisse nicht veröffentlicht, Strafen greifen nicht.

Sicher sind die Kennzeichnungspflichten unzureichend. Aber was soll eigentlich gekennzeichnet werden? Viel schlimmer ist es doch, und darüber scheint sich kaum jemand aufzuregen, weil es ja schon so normal geworden ist, daß es Anteile an genmanipulierten Pflanzen, Pestiziden, artfremden Beimischungen, Ersatzstoffen u. ä. in unseren Lebensmitteln überhaupt geben darf. Und wenn diese wild und teils recht hoch festgelegten Normen nicht überschritten werden, muß es gar nicht erst ausgewiesen werden. Was haben aber haben bitte Pestizide, Schweröle, Dioxin, Teer und anderes Zeug überhaupt in Futter- oder Lebensmitteln zu suchen? Seit Jahren werden wir EU-genormt und Landesgenormt verseucht. Fast alle diese Substanzen gelten als Krebserregend, wie jetzt auch der Schimmelpilz im Futtermais.

Endlich denkt sogar unsere tolle Bundesregierung darüber nach, ob Firmen, die so sorglos mit unserer Gesundheit umgehen, nun auch benannt werden dürfen. Das sollte längst eine Selbstverständlichkeit sein.

Das Lidle lange "naturreine Brötchen ohne Konservierungsstoffe" mit Fungiziden und Schimmelpilzen verseucht an die Verbraucher brachte, erfährt man erst durch Enthüllungen von Günter Wallraff.

Außerdem ist es leider nicht die Ausnahme, sondern die Regel: Kunden werden im Supermarkt getäuscht – und das meist ganz legal. Auf abgespeist.de stellt foodwatch regelmäßig Beispiele für die alltägliche Irreführung mit Lebensmitteln vor. Dort gibt es eine Mogel-Liste mit allen Produkten.

Ein Beispiel für die Kennzeichnungspflicht: Gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel müssen in der Europäischen Union (EU) seit dem 18.04.2004 gekennzeichnet werden. Und zwar dann, wenn auf einer Herstellungsstufe Material von gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt wurde, das einen Anteil von 0,9 Prozent übersteigt. Das gilt

jedoch nicht für tierische Produkte wie Fleisch, Milch oder Eier, die mit Hilfe von Gentechnik-Futtermitteln für die Tiere hergestellt wurden. Dabei gehen weltweit etwa 80 Prozent aller gentechnisch veränderten Pflanzen als Futtermittel in die Mägen von landwirtschaftlichen Nutztieren. Ohne dass die Verbraucher beim Einkauf von Butter oder Milch etwas davon erfahren.

Derzeit plant die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) offenbar Monsanto Garantien in Höhe von 40 Mio Dollar bereitzustellen, damit der Konzern mehr konventionelles Saatgut und chemische Pflanzenschutzmittel in Osteuropa vermarkten kann. Die EBRD wird auch von Deutschland getragen. Darüber hinaus empfiehlt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Zulassung einer weiteren gentechnisch veränderten Monsanto-Sojabohne

(MON87705) als Futter- und Lebensmittel in der EU. Genveränderten Lebensmitteln kann man kaum aus dem Weg gehen, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung gentechnisch veränderte Lebensmittel klar ablehnt. Wer sich informieren möchte, der kann das auf www.keine-gentechnik.de tun.

Um so mehr man darüber nachdenkt, um so klarer wird, daß eine ausgewogene, gesunde Ernährung kaum noch möglich ist.

Daher wundert es nicht, daß immer mehr Menschen auch in Berlin wieder anfangen auf Brachflächen zu gärtnern. In den letzten Jahren sind viele dieser kleinen, gesunden Orte entstanden.

Wer sich über Community Gärten & Guerrilla Gardening informieren möchte, findet auf www.rosarose-garten.net eine gute Möglichkeit dazu: weltweit, bundesweit und weiter unten auch Berlin.

Gemeinsame Pressemitteilung vom Verbraucherzentrale Bundesverband, Campact, Digitalcourage und der Deutschen Vereinigung für Datenschutz Erfolg beim Meldegesetz: Vermittlungsausschuss kippt Widerspruchslösung



digitalcourage e.V.

Berlin, 26.2.2013. Das Bündnis "Meine Daten sind keine Ware" begrüßt das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Meldegesetz. Nach dem heutigen Beschluss sollen Meldedaten künftig nur noch mit Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden dürfen. Die Zweckbindung wurde gestärkt. Kritisch beurteilt das Bündnis weiterhin, dass auch Unternehmen Einwilligungen einholen können.

Das Bündnis „Meine Daten sind keine Ware“ begrüßt das Ergebnis des heutigen Vermittlungsausschusses zum Meldegesetz. „Breiter Bürgerprotest hat dazu geführt, dass die datenschutzfeindliche Regelung des Bundestages gekippt wurde“, sagt Susanne Jacoby von Campact. Künftig sollen Meldedaten zu Zwecken der Werbung und des Adresshandels nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person herausgegeben werden dürfen. Ebenfalls positiv bewerten die im Bündnis vertretenen Organisationen, dass die Zweckbindung bei Melderegisterauskünften gestärkt wurde. Adressdaten müssen nun nach Erfüllung des Übermittlungszwecks gelöscht werden.

Der Bundestag hatte im Juni 2012 beschlossen, dass Daten von Bürgern grundsätzlich herausgegeben werden dürfen, wenn diese dem nicht widersprochen haben. Der Bundesrat stoppte darauf-

hin das Gesetz. Bundestag und Bundesrat müssen dem nun vorgelegten Vorschlag des Vermittlungsausschusses noch zustimmen.

Nach Ansicht des Bündnisses besteht jedoch noch ein Manko: Die Einwilligung in die Herausgabe von Meldedaten kann auch von demjenigen Unternehmen eingeholt werden, das die Meldedaten anfordert. Dieses Verfahren öffnet Tür und Tor für erschlichene oder behauptete Einwilligungen. Das tatsächliche Vorliegen einer Einwilligung müssen die Meldebehörden lediglich stichprobenhaft kontrollieren. „Damit bleibt eine Hintertür für missbräuchliche Datenabfragen offen“, kritisiert Rena Tangens von Digitalcourage.

"Der Protest der Verbraucher hat erneut gezeigt, dass sie gefragt werden wollen, wenn ihre Daten für Marketing genutzt werden. Daher sollte nicht nur bei Meldedaten, sondern grundsätzlich, wenn personenbezogene Daten zu Werbezwecken verwendet werden, eine Einwilligung des Betroffenen eingeholt werden müssen", ergänzt Florian Glatzner vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Haben Bürger sowohl beim Meldeamt als auch gegenüber Unternehmen Willenserklärungen abgegeben, ist außerdem vollkommen unklar, welche davon in Zweifelsfällen gelten soll.

„Jetzt ist es deshalb an jedem Einzelnen, die Meldebehörde davon in Kenntnis zu setzen, wenn man die Abfrage seiner Daten nicht erlauben möchte“, ergänzt Karin Schuler von der Deutschen Vereinigung für Datenschutz e.V. "Irgendwann könnte

sonst jeglicher Überblick verloren gehen, wem man Einwilligungen erteilt oder entzogen hat. Wenn das Gesetz keine transparenten Regeln schafft, muss jeder Einzelne eben nachhelfen."

Das Bündnis wird getragen vom Kampagnennetzwerk Campact, dem Verbraucherzentrale Bundesverband, dem Datenschutz- und Bürgerrechtsverein Digitalcourage (vormals

FoeBuD) und der Deutschen Vereinigung für Datenschutz. Den Online-Appell der Kampagne haben insgesamt mehr als 200.000 Menschen unterzeichnet.

Kampagnen-Info: www.campact.de/melderecht
digitalcourage e.V. / www.digitalcourage.de
*Für Bürgerrechte, Datenschutz
und eine lebenswerte digitale Welt*



Was ist der Infoladen Daneben?

Der Infoladen Daneben wurde nach der Räumung der Mainzer Straße im Winter 1991 in Berlin-Friedrichshain eingerichtet. Ziel war es der Informationshoheit des Staates und der Massenmedien etwas entgegenzusetzen und die frohe Kunde der autonomen Besetzerszene in die Welt zu tragen. Vor allem aber war der Infoladen eine Struktur von der Szene für die Szene. Zum treffen, planen, diskutieren und eigene Publikationen an den Start zu bringen. Entsprechend dem Auf und Ab der Autonomen war der Daneben mal mehr mal weniger genutzt - aber zumindest immer geöffnet. Der Infoladen befindet sich im Frauen-Lesben-Trans-Hausprojekt Liebig34. Dieses ist nach einigem Hin und Her bis 2018 relativ gesichert. Der Preis dafür ist nicht gering - deshalb sind wir ab sofort auf Spenden angewiesen.

Infoläden - eine bundesweite Struktur

Infoläden bieten die Möglichkeit, sich jenseits dem Mainstream der bürgerlichen Medien zu informieren. Das bedeutet aber nicht nur aktuelle Informationen bereit zu halten, sondern auch an vergangene Kämpfe zu erinnern. Um beides leisten zu können haben viele Infoläden Archive, Zeitschriften und Bücher. Das Ziel von Infoläden ist es aber nicht, nur Informationen feil zu bieten, sondern ein Ort zu sein an dem Ausbeutung, Macht- und Herrschaftsverhältnisse thematisiert und diskutiert und an ihrer Überwindung gearbeitet werden kann. Dazu bieten Infoläden Raum für Treffen und Veranstaltungen. Wir behandeln die uns erreichenden Informationen nicht als Ware, sondern wollen mit

ihnen eine Gegenöffentlichkeit schaffen, die es uns ermöglicht, Ausbeutung und Unterdrückung zu benennen und zum Gegenstand breiter Diskussion zu machen. Diskussionen mit dem Ziel, Ansätze und Initiativen für eine gesellschaftliche Veränderung zu entwickeln, die die Herrschaft der Menschen über Menschen beendet!

Welche Angebote und Möglichkeiten bietet der Infoladen Daneben?

Ihr könnt ...

- ...aktuelle Zeitschriften aus unterschiedlichen Spektren (von Abolishing the borders bis Zeck) sowie Bücher lesen und erwerben
- ...aktuelle Flyer und Plakate finden
- ...das Archiv nutzen
- ...im Internet surfen
- ...Euch treffen
- ...Veranstaltungen machen

Außerdem gibt´s...

- ...T-Shirts, Tücher, Revolutionsbedarf
- ... DVDs, Solisampler
- ... Buttons, Aufkleber u.a.

Und dann noch...

- ...allerlei hilfreiches Equipment ausleihen z.B. Beamer, Leinwand, PA (1000 Watt), Lichtanlage, Mobile Anlage (500 Watt), Overheadprojektor, Buttonmaschine etc.

Infoladen Daneben Mo - Fr: 18-20 Uhr
Liebigstr. 34, 10247 Berlin
www.nadir.org/nadir/initiativ/daneben

Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!



Initiative gegen Rechts
1. Di/ Monat / 19 Uhr
Kreutzigerstr. 23
www.initiative-gegen-rechts.de

Register Friedrichshain-Kreuzberg
jeden Do/ 19-20 Uhr
Kreutzigerstr. 23
www.register-friedrichshain.de



Die Berliner Register und die Opferberatungsstelle ReachOut stellten am 1. März ihre Ergebnisse von 2012 den Medien vor

Der Bezirk wird charakterisiert durch seine ausgeprägte alternative Szene, seine vielfältigen Einwohner_Innen und zahlreichen Besucher aus aller Welt. Gleichzeitig grenzt er an die Bezirke mit den meisten Stimmen für die NPD in den letzten Wahlen und einer verhältnismäßig starken Naziszene und fungiert als Durchgangsbereich dorthin.

155 Vorfälle erfaßte das Register Friedrichshain-Kreuzberg im Jahr 2012. Viele Vorfälle ereigneten sich in oder im näheren Umfeld von Bahnhöfen (Ostbahnhof, Frankfurter Allee und Kottbusser Tor).

Insgesamt verzeichnete das Register 21 Angriffe und versuchte Angriffe, bei denen Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Ein Drittel aller Angriffe ereignete sich an Bahnhöfen oder in deren unmittelbarer Umgebung. Zusätzlich ist zu erkennen, daß Angriffe überwiegend am Wochenende stattfinden.

Der große Teil an Propagandadelikten verteilt sich über den ganzen Bezirk, fast ein Viertel davon trat aber in der Gegend rund um den Ostbahnhof und am Ostbahnhof selber auf.

Die inhaltliche Einordnung der Vorfälle läßt erkennen, daß Vorfälle die einen antimuslimischen Hintergrund haben deutlich öfter in Kreuzberg vorkommen. Auch die meisten homo- oder transphoben Vorfälle ereigneten sich in Kreuzberg.

In Friedrichshain hingegen konzentrieren sich die Vorfälle gegen politische Gegner sowie alles was in den Bereich rechtsextremer Selbstdarstellung fällt.

Die Chronik und die Auswertungsbroschüre könnt Ihr auf unserer Website nachlesen. Im Archiv findet Ihr einen Zusammenschnitt der Pressekonferenz.

Die Opferberatungsstelle ReachOut verzeichnete in Berlin für das Jahr 2012 insgesamt 139 Gewalttaten und massive Bedrohungen, die sich gegen 234 Personen richteten. Die Dunkelziffer dürfte um das 3-4fache höher liegen, da viele Gewalttaten nicht bekannt werden.

Die Berliner Register verzeichneten für 2012 insgesamt 565 Vorfälle. Da hier auch Vorfälle erfaßt werden, die nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht strafrechtlich relevant sind, vermitteln diese Statistiken eine gute Sicht auf den Alltag Berlins. Auch hier dürfte die Dunkelziffer enorm hoch sein, da bei weitem nicht alle Vorfälle den Registerstellen gemeldet werden. Kurzüberblick der Register über ihre Bezirke:

Charlottenburg-Wilmersdorf	43 Vorfälle/ 9 Angriffe
Marzahn-Hellersdorf	36 Vorfälle/ 4 Angriffe
Treptow-Köpenick	220 Vorfälle/ 10 Angriffe
Lichtenberg	111 Vorfälle/ 12 Angriffe
Friedrichshain-Kreuzberg	155 Vorfälle/ 21 Angriffe

Melden Sie Vorfälle!
Unterstützen Sie die Berliner Register!
Werden Sie Anlaufstelle!
Machen Sie die Register bekannt!

Die Veranstaltenden behalten sich vor, vom Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, Zutritt zu verwehren oder von der Veranstaltung auszuschließen.

Termine

30.04.13 Gemeinsam gegen Nazis - Die Nazi-Kneipe "Zum Henker" und den Nazi-Laden "Hexogen" schließen!

Demo und Konzert in Schöneweide

Infos: <http://gemeinsam-gegen-nazis.de/>

1. Mai 2013 NPD Aufmarsch in Frankfurt gemeinsam entschlossen blockieren!

Aufruf unter: www.antifa-frankfurt.org/Nazi_Demo_Mai2013/Aufruf_Mai2013.html

Ein „Ableger“ findet zeitgleich in Schöneweide statt. Achtet auf Infos aus dem Bezirk und blockiert auch hier die Nazis!

In eigener Sache

Zwischenzeitlich ist initiative-gegen-rechts.de nicht erreichbar. Das Problem wird behoben. Wir bitten um Entschuldigung.

Aktionen und Infomaterial kosten Geld.

Spendenkonto (Spenden sind absetzbar):

UBI KLIZ e. V.

GLS Gemeinschaftsbank e. G.

Konto: 12 63 75 00 / BLZ: 43 06 09 67

Verwendungszweck: IGR

Wir haben aber auch etwas Praktisches für Euch.



Das Mousepad kann für eine Spende von 5 Euro Euren Arbeitsplatz bereichern. Und wenn das Motiv später nicht mehr gefällt, wechselt es aus!

Film - Tip

Was steckt hinter PRO NRW?

Ein Film über Rechtspopulismus (2012)

www.medienprojekt-wuppertal.de

Buch - Tip

„Das Zwickauer Terror-Trio“ und die regionale Neonazi-Szene

Eine Chronik des NSU von Maik Baumgärtner und Marcus Böttcher (September 2012)

Internet - Tips (Auswahl)

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

www.adnb.de

Antifaschistisches Pressearchiv

www.apabiz.de

Antrirassistische Initiative Berlin

www.ari-berlin.org

Antirassistisch Interkulturelles Informationszentrum

www.aric.de

Berlin rechts außen

www.blog.schattenbericht.de

Blick nach Rechts

www.bnr.de

Bündnis gegen Lager Berlin-Brandenburg

<http://bglbb.blogspot.de>

Flüchtlingsrat Berlin

Menschenrechte kennen keine Grenzen

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Investigate Thor Steinar

<http://investigatethorsteinar.blogspot.de>

Lifestyle, Symbole und Codes

www.dasversteckspiel.de

Mut gegen rechte Gewalt

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Nazis

www.netz-gegen-nazis.de

Störungsmelder

blog.zeit.de/stoerungsmelder



ANTIFA Jour fixe

Franz-Mehring-Platz 1, 10142 Berlin

jeden 3. Mo/ Monat / 18.30 Uhr
Café Sibylle (Karl-Marx-Allee 72)



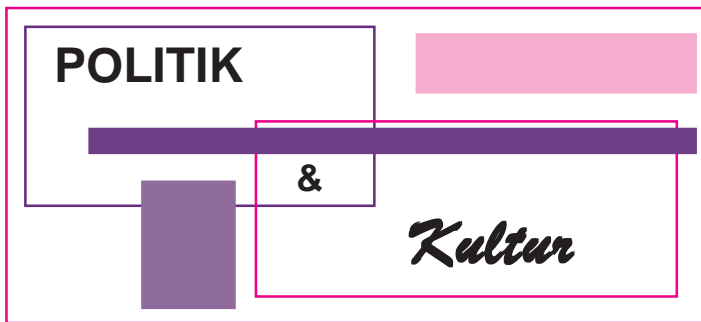
jeden 3. Donnerstag / Monat

19 Uhr im Vetomat

Scharnweberstr. 35

mit Vokü und Infos

www.antifa-fh.de.vu



"Wir holen uns den Kiez zurück!"

Das Berliner Mietenstoppbündnis und die Initiative gegen Rechts (IGR) senden seit Juli 2012 live jeden 3. Dienstag im Monat von 20:00 bis ca. 20:45 Uhr.

Wir stellen u. a. kämpfende Hausgemeinschaften vor und die IGR berichtet über ihre Aktivitäten.

Auch Termine und themennahe Informationen sind mit am Start. Zu jeder Sendung laden wir uns Gäste ein.

Alle bisherigen Sendungen zum Download und Nachhören findet Ihr unter: www.ubimieterladen.de/radiosendung.htm

Gesendet wird live aus dem StudioAnsaage in Friedrichshain. Die UKW-Frequenz 88,4 MHz stellt seit Mai 2010 die Medien-Anstalt Berlin-Brandenburg den Berliner 'freien Radios' zur Verfügung. StudioAnsaage ist einer von 11 Sendepartnern, die sich 168 Wochenstunden auf dieser Frequenz teilen. Livestream gibt es u. a. auf StudioAnsaage.



Atommüll-Export: Reden und Handeln passen bei Altmaier nicht zusammen

Anfang 2012 war die Aufregung groß, als bekannt wurde, daß die Bundesregierung eine EU-Richtlinie, die den Export von Atommüll zuläßt, ins deutsche Atomrecht übernehmen möchte. Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach zwar von „blühendem Unsinn“, als ihm vorgeworfen wurde, daß er damit die „Entsorgung“ im Ausland möglich macht. Aber die von ihm angekündigte Nachbesserung des Gesetzentwurfes, um den Export mit „definitiver Klarheit“ auszuschließen, gibt es bis heute nicht.

Die Deutsche Umwelthilfe weist in einer Pressemitteilung darauf hin, daß Altmaier mehr als einen Monat später noch nicht einmal die Atom-Abteilung in seinem Haus damit beauftragt hat, den Gesetzentwurf entsprechend zu überarbeiten. Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung daran, die hochradioaktiven Abfälle aus dem Versuchsreaktor im nordrhein-westfälischen Jülich in die USA zu bringen.

Das habe aber mit Atommüll-Export nichts zu tun, weil der Brennstoff ursprünglich aus den USA gekommen sei. Wer so argumentiert, kann zukünftig munter jeden strahlenden Müll exportieren, denn schließlich kommt kein Gramm Uran in deutschen AKW aus heimischen Beständen.

Peter Altmaier erklärt sich in Sachen Jülich schon einmal vorsorglich für nicht zuständig: Das sei Sache des Forschungsministeriums.

